Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition: Leipzig, Große Fleischergasse Nr. 14, I. Telephonruf 5044.

Anzeigen: An Gebühren werden von Vereinen und Krankenkassen 15 Pfg., von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet. Dieselben werden, ausschließlich der Anzeigen, die auf Kosten der betreffenden Zahlstellen Aufnahme finden, nur gegen vorher geleistete Bezahlung angenommen.

Nr. 2. Sonnabend, den 13. Januar 1906. 10. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Lindenfels, Bedenkirchen, Elmshausen und **Bensheim.** Die Aussperrung dauert fort

Mackweiler (Unterelsaß.) Sämtliche organisierte Kollegen von Mackweiler und Umgebung sind ausgesperrt.

Deutmannsdorf. Die Firma Frank (Sitz Breslau) ist gesperrt. Den Kollegen wird zugemutet, weit unter Tarif zu arbeiten.

Mühlhausen (Thür.). Wegen Steinmangel reisten sämtliche fremde Kollegen ab, weil sich die Firma weigert, (welche Firma? D. Red.) die tägliche Arbeitszeit zu verkürzen, resp. eine Woche auszusetzen. Dies den reisenden Kollegen zur Kenntnis.

Gewerkschaftliche und amtliche Streikstatistik.

Die amtliche Statistik über die im Jahre 1904 in Deutschland stattgefundenen Streiks zeigt im Vergleich zur gewerkschaftlichen Streikstatistik die gleiche Mangelhaftigkeit und Unzulänglichkeit, wie in den Jahren vorher. Erst wenn die Berufsverbände an dieser amtlichen Statistik mitwirken, werden die Erhebungen brauchbar sein. So lange aber die Fragen der amtlichen Statistik auch ausgedehnt sind auf die Fälle des Kontraktbruches und der Beteiligung Minderjähriger an Streiks, so lange ist es den Gewerkschaften nicht zu empfehlen, an der amtlichen Statistik mitzuwirken.

Die Frage in der amtlichen Statistik, in welchem Maße die Streiks zu Kontraktbruch, Gewalttätigkeiten oder andern Gesetzesverletzungen führen, hat doch nur den offenbaren Zweck, Material zu sammeln, das zur gegebenen Zeit dazu verwandt werden kann, die Beschneidung des Koalitionsrechts zu begründen. Darum versagen die Gewerkschaften ihre Mithilfe an der amtlichen Statistik und stellen jährlich eigene Erhebungen über die stattgefundenen Streiks an. Obwohl die Hilfsmittel, die der Regierung zur Aufnahme ihrer Statistik zur Verfügung stehen, von den Gewerkschaften in keiner Weise erreicht werden, liefern die Erhebungen der Gewerkschaften doch zuverlässigere Zahlen als die amtliche Statistik. Wir stützen uns im nachstehenden auf die gewerkschaftliche Statistik.

Im Jahre 1904 haben 1513 Streiks mit 104 555 Beteiligten stattgefunden, im Jahre 1903 waren 1200 Streiks bei 75 830 Beteiligten zu verzeichnen. Die rapide Steigerung der Streiks zeigt sich auch bei den Aussperrungen. Während 1903 78 Aussperrungen stattfanden, zählt die Statistik von 1904 112 Aussperrungen. Die Zahl der von den Aussperrungen betroffenen Arbeiter ist aber zurückgegangen. Sie betrug 1903 45 137, 1904 dagegen 31 402. Die meisten Streiks, 257, wurden von den Holzarbeitern geführt. Dann folgten die Maurer mit 238 und die Metallarbeiter mit 132. Die Zahl der Beteiligten war dagegen bei den Maurern 39 524, bei den Holzarbeitern 18 616, bei den Metallarbeitern 17 152.

Aus der amtlichen Statistik entnehmen wir folgende Uebersicht über die bei Streiks und Aussperrungen vorgekommenen Gesetzesverletzungen (Vergehen gegen den § 153 der Gewerbeordnung). Die Zahlen sind vom Jahre 1903. Da heißt es in der amtlichen Statistik:

Das Jahr 1903 das letzte, für welches bereits eine Auszählung vorgenommen werden konnte, verzeichnet die meisten verurteilten Personen, nämlich 318, die seit 21 Jahren gezählt sind. Die Verurteilungen sind regelmäßig erst seit dem Jahre 1896 häufig, vordem traten nur die beiden Jahre 1889 und 1890 durch hohe Verurteilungsziffern hervor, worauf der große Bergarbeiterstreik des Jahres 1889 nicht ohne Einfluß gewesen sein mag. Die Freisprechungen sind im Verhältnis zu den Verurteilungen sehr häufig. Die gesetzliche Strafe für das Vergehen ist Gefängnis bis zu drei Monaten, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetze nicht eine härtere Strafe eintritt. Die tatsächlich erkannten Strafen betrugen in den Jahren 1901, 1902 und 1903 durchschnittlich 11, 13 bezw. 12 Tage; für frühere Jahre war es nicht mehr möglich, die durchschnittliche Höhe der Strafen festzustellen.

Die Zahl der Verurteilungen im Jahre 1903 ist höher, als in den Jahren vorher. Es ist aber nur ein relatives, kein absolutes Verhältnis, denn die Zahl der Streikenden hat prozentual weit mehr zugenommen, als die Zahl der Streikvergehen. Dann ist in der amtlichen Statistik vergessen, zu bemerken, daß in den letzten Jahren eine förmliche Anklagewut gegen Streikende um sich gegriffen hat. Das zeigt auch die Zahl der freisprechenden Urteile. Von 538 Angeklagten mußten nicht weniger als 219 freigesprochen werden. Und das trotz der Findigkeit unserer Amts- und Staatsanwälte, aus jedem kleinlichen Vergehen bei Streiks eine Haupt- und Staatsaktion zu inszenieren. Wer diese Statistik zur Begründung eines neuen Ausnahmegesetzes gegen Streikende benützen will, wird kläglichen Schiffbruch erleiden. Bemerkenswert ist weiter in der amtlichen Veröffentlichung die Konstatierung, daß die Erfolge der Arbeiter sich verbessern, während die Unternehmer mit ihren Aussperrungen nur selten Glück haben. Besonders auffallend sind die Erfolge der Arbeiter bei ihren Kämpfen um die Verkürzung der Arbeitszeit. Beide statistische Erhebungen sind ein Bild von dem regen Leben, das in unsern deutschen Gewerkschaften pulsiert. Daß die amtliche Statistik den Vorgängen im Gewerkschaftsleben ein immer größeres Augenmerk widmet, ist ein Beweis der Bedeutung und der Stärke der Gewerkschaften.

Von den Christlichen.

In dem Kampfe, den die feindlichen christlichen Brüder, die Fachabteilungen der katholischen Arbeitervereine und die christlichen Gewerkschaften, in so wenig christlicher Weise gegeneinander führen, war eine kleine Ruhepause eingetreten. Hocherfreut gab der Teil der Zentrumspresse, der die christlichen Gewerkschaften protegiert, der Hoffnung Ausdruck, daß nun endlich ein dauerndes, friedliches Nebeneinanderhergehen der beiden christlichen Organisationen sich anbahnen und dann die christliche Arbeiterbewegung einen größeren Aufschwung nehmen werde. Betrübten Herzens müssen jetzt die Protektoren der christlichen Gewerkschaften das Eingeständnis machen, daß diese Hoffnung sich als trügerisch erwies.

Eifrigst hatten die Agitatoren der christlichen Gewerkschaften den Umstand, daß der Kölner Erzbischof Fischer zu den christlichen Arbeiterorganisationen herabgestiegen war und ihnen als Kämpfer gegen die Mächte des Umsturzes seine Sympathie bezeugt hatte, zur Gewinnung neuer Mitglieder für die christlichen Gewerkschaften, namentlich auch in den Gebieten ausgenützt, in denen die Fachabteilungen der katholischen Arbeitervereine dominieren. Darob loderte nun der Kampf unter den feindlichen christlichen Brüdern wieder in hellster Flamme auf und wird in den bekannten wüsten und unflätigen Formen geführt, von denen der Steinarbeiter des öfteren Proben mitteilte.

Wir können den Schmerz der Kulissenschieber der christlichen Gewerkschaften über diese bittere Enttäuschung ihrer schönen Hoffnungen, über dieses Zusammenbrechen ihrer stolzen Luftschlösser nachfühlen. Der Kampf der feindlichen christlichen Brüder, der namentlich in den beiden hauptsächlichsten Stützpunkten der Fachabteilungen der katholischen Arbeitervereine, den Machtgebieten der beiden Bischöfe, Korum in der Rheinprovinz und Kopp in Schlesien, wieder entbrannt ist, wird mit solcher Heftigkeit und Erbitterung geführt, daß man fast annehmen könnte, die eingetretene kurze Ruhepause sei lediglich zur Sammlung neuer Kräfte und Kraftausdrücke benützt worden.

Der größte Teil der katholischen Geistlichkeit der beiden vorgenannten Gebiete steht auf seiten der Fachabteilungen der katholischen Arbeitervereine und greift, ebenso wie die in ihrer Mehrheit den gleichen Standpunkt teilende Zentrumspresse, in diesen Kampf der feindlichen christlichen Brüder sehr aktiv ein.

In Schlesien bekennen sich die katholischen Fachabteilungen den christlichen Gewerkschaften gegenüber ebenso offen zum Streikbruch, wie dies die letzteren, namentlich in Rheinland-Westfalen, den freien Gewerkschaften gegenüber getan haben; sie nennen die christlichen Gewerkschaften verkappte Sozialdemokraten. Der Kampf der feindlichen christlichen Brüder hat dort solche Formen angenommen, daß die Kölnische Volkszeitung, ein noch etwas auf Anstand haltendes Zentrumsblatt, ganz entsetzt ausruft: „So kann das nicht weiter gehen."

Zur Propagierung der Fachabteilungen katholischer Arbeitervereine werden zurzeit neue Sekretäre „ausgebildet". Ihrer Tätigkeit sieht die Kölnische Volkszeitung mit Furcht und Grauen entgegen. Das Blatt klagt:

„Wenn die zum Januar eintretenden Sekretäre an Schimpf- und Hetzarbeit nur den vierten Teil desjenigen leisten, was der Berliner katholische Arbeitersekretär Bull in Breslau in letzter Zeit geleistet hat, dann sind die Folgen unübersehbar. Viele Leser werden sich der heftigen Kämpfe erinnern, die im Juli vorigen Jahres schon einmal zwischen christlichen Gewerkschaften und den katholischen Fachabteilungen entbrannt waren. In einer von den christlichen Gewerkschaften damals abgehaltenen Protestversammlung konnte Herr Bull den Zentralvorsitzenden der christlichen Gewerkschaften, Schiffer, einen Auchkatholiken nennen, ohne daß der anwesende Bezirkspräses ein Wort des Bedauerns dafür hatte. Herr Bull bestritt freilich damals diese Aeußerung, aber verschiedene geistliche Herren bezeugten sie. Am 7. November veranstalteten die christlichen Gewerkschaften eine Versammlung in Breslau. Herr Bull erschien wiederum und machte u. a. folgende Aeußerungen: für die katholischen Arbeiter seien die Schlesischen Nachrichten (ein in Breslau erscheinendes Zentrumsorgan) so lange ungeeignet, als sie unter der jetzigen Redaktion ständen, die nicht auf katholischem Boden stehe. Die Schlesischen Nachrichten nehmen nämlich auch hin und wieder Berichte über die christlichen Gewerkschaften auf. Er (Herr Bull) habe vorhin gerufen, Streik sei eine Sünde, und das sei er auch; in den meisten Fällen, auch wo die christlichen Gewerkschaften beteiligt gewesen seien, sei er sogar eine schwere Sünde, eine Todsünde."

Alles bisher Dagewesene hat Herr Bull, wie die Kölnische Volkszeitung weiter schreibt, in einer am 29. November abgehaltenen Versammlung der Fachabteilung für Maurer und Bauhandwerker übertroffen. „Was will das Wort christlich," so hat Herr Bull ausgeführt, „bei den christlichen Organisationen bedeuten, da sie doch dasselbe sind, wie die sozialdemokratischen? Die Prinzipien, sofern sie solche haben, die Art und Weise, wie sie arbeiten, ist bei beiden dieselbe. Die Statuten sind dieselben, nur der Wortlaut ist geändert. Die christlichen Gewerkschaften nehmen genau so hohe Beiträge und bieten ihren Mitgliedern genau so minimale Leistungen, wie die sozialdemokratischen. Was will das Wort christlich bedeuten? so frage ich nochmals, wenn die Arbeit dieselbe ist, wie bei den freien Gewerkschaften? Der christliche Verband übt genau denselben Terrorismus aus. Er hat ebenso wie die freien Gewerkschaften, Bauten besetzt, auf denen nur Angehörige seines Verbandes zugelassen werden, und hieraus erklärt sich auch zum Teil die große Mitgliederzahl. Ist ein Mitglied des Zentralverbandes ohne Arbeit, so läßt es sich einfach „um"schreiben, um auf den von den Christlichen besetzten Bau zu gelangen. So geht es natürlich auch umgekehrt. Beide Gewerkschaften bilden einen Taubenschlag. Auf derartige Taufscheinkatholiken und Protestanten leisten wir gern Verzicht. Wir verlangen das religiöse Bekenntnis. Die christlichen Gewerkschaften benutzen das Wort „christlich" als Deckmantel, um unter seinem Schutze dasselbe zu tun und zu erstreben, wie die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Mit ihm wollen sie die Arbeiter fangen, das können sie nicht leugnen. Ich weiß es, ich gebe ihnen die Garantie, daß in den christlichen Gewerkschaften neun Zehntel der Mitglieder nicht ihre religiösen Pflichten erfüllen. Die christlichen Gewerkschaften stehen auf demselben Boden, wie die Sozialdemokraten und nennen sich „christliche Gewerkschaften", um die dummen katholischen und evangelischen Arbeiter fangen zu können."

Wie die Breslauer Volkswacht meldet, hat Herr Bull aber auch jetzt schon den Streikbruch der in der Fachabteilung organisierten baugewerblichen Arbeiter für nächstes Frühjahr angekündigt. Er sagte:

„Wenn es im Jahre 1906 im Baugewerbe zum Streik kommen sollte, so sei es Aufgabe der Arbeiter, nicht bloß Arbeiterfragen zu erörtern, oder nicht bloß Interessen der Arbeiter ins Auge zu fassen, sondern zu bedenken, daß auch berufliche Interessen, Interessen der Arbeitgeber, zu berücksichtigen sind."

Diesen Teil der Bullschen Rede verschweigt allerdings die Kölnische Volkszeitung. Mit größter Entrüstung wendet sich das Blatt aber dagegen, daß Herr Bull die Religiosität der christlichen Gewerkvereine angezweifelt hat. Es handle sich um grenzenlose Beschimpfungen. Jeden wahren Freund der Arbeiter müsse tiefe Traurigkeit erfüllen, wenn er diese Zerklüftung der christlichen Arbeiterschaft sehe; wenn er sehe, wie die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften beschimpft und verleumdet, die gleichgültigen und schwankenden abgeschreckt, und dadurch dem katholischen Volke Wunden geschlagen würden, deren Folgen sich leider allzubald zeigen würden. Es muß, so schließt der Jammerartikel des Blattes, anders werden.

Das letztere sagen und hoffen wir auch, allerdings in wesentlich anderm Sinne wie das zitierte Zentrumsblatt. Wir hoffen, daß die freien Gewerkschaften bald derart erstarken, daß weder die Quertreibereien der einen wie der andern Richtung der beiden feindlichen christlichen Brüder, noch die beiden zusammen auf die Lohnkämpfe der Arbeiterschaft einen wesentlichen Einfluß auszuüben vermögen. Die christlichen Arbeiterorganisationen beider Art sind für die Arbeiterbewegung im allgemeinen und für die Lohnkämpfe der Arbeiter im besonderen nicht nur überflüssig, sondern schädlich. Dafür bieten die Vorkommnisse der letzten Zeit überreichliche Beweise.

Ist's Nemesis, ist's Ironie des Schicksals? — Die Fachabteilungen der katholischen Arbeitervereine bekämpfen die christlichen Gewerkschaften mit denselben Argumenten, die die letzteren gegen die freien Gewerkschaften anwenden. Die christlichen Gewerkschaften suchen dagegen nachzuweisen, wie überflüssig, ja schädlich die Fachabteilungen der katholischen Arbeitervereine und ihr Verhalten für die Bestrebungen zur Besserstellung der Lage der Arbeiter sind. Da sie die Einigkeit und Geschlossenheit der christlichen Arbeiter stören, durch die gegenseitige Verhetzung der Arbeiter jede Bestrebung der Arbeiterschaft zur Besserung ihrer Lage verhindern und sie damit schwer schädigen. Man braucht nur diesen an sich durchaus richtigen Gedanken in seinen Konsequenzen zu verfolgen, dann ergibt sich, daß die christlichen Gewerkschaften in ihren gegen die Fachabteilungen der katholischen Arbeitervereine angewandten Argumenten auch den Nachweis erbringen, wie überflüssig, ja schädlich auch sie, die christlichen Gewerkschaften selbst, für die Bestrebungen zur Besserung der Lage der Arbeiter sind. Dies stets aufs neue den christlich organisierten Arbeitern gegenüber hervorzuheben, unter Betonung der Notwendigkeit der Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung, sollte unserseits bei keiner Gelegenheit versäumt werden.

Die Steinarbeiter im Maingebiet haben die Falschheit der Christlichen durchschaut und sind unserem Verbande beigetreten. Diejenigen aber, die dort noch Mitglied des christlichen Verbandes sind, werden ihr Häuflein immer mehr schwinden sehen, denn in einigen Orten haben sich Uebertritte zu unserm Verbande schon vollzogen.

Uns kann der Streit unter den christlichen Brüdern nur angenehm sein; denn streiten sich zwei, so lacht gewöhnlich der dritte.

Aus dem Odenwald.

Die Aussperrung nimmt ungehindert ihren Fortgang. Die Firma Kreuzer u. Böhringer sucht Krethi und Plethi einzustellen, damit die Ausgesperrten überflüssig werden sollten. Doch nur hier und da tritt ein Arbeitswilliger neu in die Dienste der Herren K. u. B. In der letzten Zeit boten zwei Mann der Firma ihre Dienste an, die früher absolut keine Arbeit erhalten konnten. Damals standen diese Leute im Geruche des Sozialismus. Heute, nachdem sie die Reinlichkeit ihrer patriotischen Gesinnung durch Arbeitswilligendienste betätigen, scheint ihnen von der Firma Absolution erteilt worden zu sein. Doch wollen wir über diese paar Arbeitswilligen weiter keine Worte verlieren.

Die Christlichen arbeiten jetzt mit Hochdruck. Herr Rippel, der Volksmann aus Westfalen, ist dazu ausersehen, die Fahne der christlichen Gewerkschaften im Odenwald zu hissen. Ein christliches Blatt schrieb kürzlich:

„Die Sozialdemokraten sind hier eifrig und stetig an der Arbeit. Da die bürgerlichen Parteien bisher nichts dagegen tun, um die Leute über die verderblichen Ziele der Sozialdemokraten aufzuklären, und sich nicht um die Leute bekümmern, so werden die Christlichsozialen nunmehr hier die Arbeit aufnehmen. Herr Otto Rippel von Hagen, Sohn eines einfachen Arbeiters aus dem Rheinland, der nur die Volksschule besucht hat, also ein Volksmann, wird im Winter hier Vorträge halten und bitten wir unsere Leser, für guten Besuch sich zu bemühen."

Die Christlichen heulen, wie die betrübten Lohgerber, denen die Felle fortgeschwommen sind. Jetzt auf einmal entdecken sie, die Arbeiter sollen über die verderblichen Ziele der Sozialdemokratie aufgeklärt werden. Sie gestehen selber zu, für die Arbeiter bisher nichts getan zu haben. Nachdem nun die Steinarbeiter des gesamten Odenwaldes bei unserem Verbande organisiert sind, kommt Herr Rippel als fünftes Rad am Wagen, um die Arbeiterzersplitterung in die Wege zu leiten. Aber nur gemach, Herr Rippel, Ihre Pläne hat die Arbeiterschaft durchschaut. Hoffentlich vergißt Herr Rippel in seinen Versammlungen nicht, die Arbeiterfreundlichkeit der Herren K. u. B. zu erwähnen. Es steht wohl einzig da in der deutschen Gewerkschaftsbewegung, daß in demselben Augenblick, wo K. u. B. ca. 200 Steinarbeiter wegen Ausübung ihres Koalitionsrechtes aufs Pflaster werfen, Herr Rippel sich nicht scheute, in der bekannten Lindenfels-Versammlung eine Resolution zur Annahme gelangen zu lassen, die besagt, K. u. B. erkennen das Koalitionsrecht der Arbeiter an.

So sieht also der Volksmann Rippel aus.

Wir denken, Herrn Rippel wird es nicht leicht gemacht werden, für seine christlichsoziale Firma, die lediglich der Arbeiterzersplitterung dienen soll, Propaganda machen zu können. Herr Rippel, der allem Anschein nach von den Unternehmern gerufen wurde, wird als Volksmann ausgerufen, noch ehe er die Tribüne seiner weiteren Tätigkeit im Odenwald bestiegen hat. Warum schreibt denn das christliche Blatt nicht gleich, Herr Rippel sei ein Volksheld! Die Steinarbeiter des Odenwaldes mußten natürlich über eine solche pompöse Ankündigung lachen, denn sie wissen, die wirklichen Männer aus dem Volke, diejenigen, die selbst aus den Kreisen der Steinarbeiter hervorgegangen sind, und die den Odenwald agitatorisch bearbeiteten, haben ihre Pflicht und Schuldigkeit schon längst getan und werden dieselbe auch weiter tun. Unsere Volksmänner lassen wir nicht aus Westfalen kommen, sondern sie arbeiten als einfache schlichte Steinarbeiter in Mannheim und Frankfurt a. M. heute noch an der Haubank.

Daß die Herren Kreuzer u. Böhringer Steinmetzen benötigen, geht aus folgendem Inserat einer Regensburger Zeitung hervor:

Tüchtige Steinhauer bei hohem Lohn (?) und dauernder Beschäftigung gesucht. Die Reise wird nach vierwöchentlicher Arbeit vergütet. — Steinmetzen, die einer sozialdemokratischen Gewerkschaft angehören, werden nicht angenommen.

Kreuzer u. Böhringer, Granit- und Syenitwerke, Lindenfels i. Odenwald, Hessen.

Unsere Kollegen brauchen trotz aller markschreierischen Reklame der Firma keine Angst zu haben, daß sich Arbeitswillige Steinmetzen nach Lindenfels verirren. Daß K. u. B. ihre organisierten Leute aussperrten, wird im Inserat natürlich verschwiegen.

Zu den Unterstützungseinrichtungen.

Die Berechnung einer Arbeitslosenunterstützung, die der Zentralvorstand in der Nr. 51 des Steinarbeiters bekannt gab, ist, soweit sich die Angaben auf die Statistik beziehen, als richtig anzuerkennen. Aber bei der weiteren Berechnung operiert man mit einem Zahlenmaterial, welches ein falsches Bild geben muß. Bei der Berechnung des Prozentsatzes der Arbeitslosigkeit und der Ausgabe dafür nimmt man die Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres 1904 als Grundlage, die Einnahmen für die Arbeitslosenunterstützung werden dagegen aus dem Markenumsatz des Jahres 1904 berechnet. Und hierdurch gewinnt die Vorlage ein sehr ungünstiges Aussehen, welches sie in Wirklichkeit gar nicht hat. Wir haben auf dem Verbandstage 1904 noch mit 8624 Mitgliedern gerechnet (siehe Protokoll) und haben es bis zum Jahresschluß auf 10 012 Mitglieder gebracht. Und für diese 10 012 Mitglieder ist in der Vorstandsvorlage der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit und die Ausgabe hierfür berechnet. Nun hätte man doch logischerweise und der Gerechtigkeit entsprechend auch die Einnahme für 10 012 Mitglieder berechnen müssen. Aber da hat man bei 8624 Mitgliedern angefangen und so weiter gerechnet, bis man am Jahresschlusse bei den 10 012 angelangt war. Es ist also schon in der ersten Woche 1388 × 20 Pfg. zu wenig angesetzt gegenüber der Ausgabe und das ist fortgesetzt, bis zum erstenmal 10 012 Mitglieder zu verzeichnen waren. Außerdem sind, da nur mit den verkauften Marken gerechnet wird, die Wochen für Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. außer Berechnung gelassen, denn für diese Fälle werden keine Marken geklebt, also auch keine verkauft, während die Vorstandsvorlage besagt, daß auch in solchen Fällen die 20-Pfg.-Marke für die Arbeitslosenunterstützung geklebt sein muß.

Ebenso gestaltet sich die Ausgabe anders. Der Vorstand hat inklusive Verwaltungskosten die Summe von 108 559.26 Mk. dafür berechnet. In unsern statistischen Zählkarten haben wir zwei Rubriken, eine für Krankheit und eine für Arbeitslosigkeit. In die Krankheitsrubrik kommen die Tage, wo die Mitglieder wegen Krankheit nicht arbeiten können, und in die Rubrik für Arbeitslosigkeit sind die Tage zu schreiben, wo die Kollegen wegen Mangels an Arbeit, an Material oder wegen Witterungseinflüssen arbeitslos sind. Aber es sind auch die Tage einzutragen, wo man streikt, gemaßregelt ist und schließlich sich auf Reisen befindet. Diese hätte man bei der Berechnung in Abzug bringen müssen, denn in Wirklichkeit sind diese Tage schon unterstützt. Für 1904, welches Jahr der Berechnung zugrunde gelegt ist, haben wir für Streiks, Maßregelungen und Reiseunterstützung 53 818.50 Mk. ausgegeben. Wenn nun bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung die Streik- und Maßregelungsunterstützung mindestens in der jetzigen Höhe bestehen bleibt, so ist mit der Zahl 7 in die Zahl der unterstützten Streik-, Maßregelungs- und Reisetage hinein zu dividieren. Teilt man nun die Gesamtausgabe für Streikunterstützung durch 2 Mk., desgleichen der Maßregelungsunterstützung auch durch 2 Mk. und die Ausgabe der Reiseunterstützung durch 60 Pfg., so bekommt man nur unterstützte Tage, und zwar alle nach der ersten Klasse berechnet. Es kann einem somit kein Vorwurf gemacht werden, Schönfärberei getrieben zu haben. Die auf diese Weise ausgerechneten Tage ergeben 33 968, durch 6 geteilt bleiben 5661 Wochen. 5661 Wochen multipliziert mit 4.50 Mk. ergibt die Summe von 25 474.50 Mk. Es gehen nach der Vorlage des Vorstandes ab 108 559.26 Mk., minus 25 474.50 Mk., so bleibt eine wirkliche Ausgabe von 83 084.76 Mk. Dem gegenüber stände aber eine Einnahme von 52 × 20 = 10.40 Mk. pro Jahr und Mitglied, 10.40 × 10 012 Mitglieder = 104 124.80 Mk. Es ergäbe sich somit ein Ueberschuß von 21 040.04 Mk. und nicht ein Defizit von 25 374.06 Mk., wie es in der Vorstandsvorlage ausgerechnet ist. Ich nehme mit meinem Exempel nun keinen Anspruch auf absolute Richtigkeit, denn das Geld, was bei Streiks für Kinder ausgegeben ist, habe ich außer Berechnung gelassen. Es läßt sich dieses aber aus der Jahresabrechnung nicht genau feststellen, deshalb mag sich die Rechnung um 2000 bis 3000 Mk. zu meinen Ungunsten verschieben. Es kommen bei der Statistik aber noch andere Punkte in Betracht. Viele Kollegen gibt es, die wochenlang zu Besuch nach Hause fahren (?) oder Verwandte besuchen. Im Sinne der Arbeitslosenunterstützung sind sie aber nicht arbeitslos. Da würde bei Einführung der letzteren eine reinliche Scheidung eintreten müssen und die Vorlage würde sich hierdurch noch etwas günstiger gestalten. Will man bei den Unterstützungseinrichtungen ebenso rechnen wie bei der Zentralkasse, wo sich das Vermögen innerhalb 2½ Jahren von 30 684.92 Mark auf 179 425.28 Mk. gehoben hat, also ziemlich versechsfacht hat, so ist eine Unterstützungseinrichtung allerdings nicht existenzfähig. Es ist ja ganz gut, wenn auch hier eine Reservefonds gesammelt wird, aber in erster Linie sollen die Unterstützungseinrichtungen dazu dienen, den Mitgliedern in der Not eine Hilfe zu sein, und das nachholen, was die soziale Gesetzgebung in dieser Richtung noch versäumt.

Hannover. O. Müller.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Wir machen alle Zahlstellen wiederholt darauf aufmerksam, **beim Einsenden von Geldbeträgen oder Reiseunterstützungsbelegen ja recht genau anzugeben,** wofür dieselben verrechnet werden sollen, damit nicht allzugroße Differenzen beim Bezahlen der verschiedenen Markensorten entstehen können. Es sollen doch die Wertzeichenkonto der Zahlstellen mit den unsrigen übereinstimmen. **Ohne Angabe seitens der Einsender ist dies aber nicht möglich.** Es ist ferner von Vorteil, beim Bezahlen von Beitragsmarken immer volle Stückzahl zu berechnen und Bruchteile zu vermeiden. Es erschwert dies den Ausgleich der Konten. Da viele Kassierer, namentlich der neueren Zahlstellen, noch im Unklaren sind über die Berechnung der Prozente, sei hier bemerkt, daß **für jede verkaufte Marke der ersten Klasse 32 Pfg., der zweiten Klasse 28 Pfg. und der dritten Klasse 24 Pfg. an die Zentralkasse abzuliefern sind,** die übrig bleibenden 8 resp. 7 und 6 Pfg. pro Stück **sind die am Orte verbleibenden 20 Prozent.**

Auch ist es wünschenswert, den Postabschnitt mit dem Zahlstellenstempel zu versehen.

Endgültige Wahlkreiseinteilung.

Die provisorische Einteilung der Wahlkreise wurde in Nr. 51 vorigen Jahres bekannt gegeben. Die bis zum 8. Januar d. J. eingegangenen Reklamationen sind, soweit es tunlich erschien, in untenstehender definitiver Wahlkreiseinteilung berücksichtigt. Um den Mitgliedern hinreichend Gelegenheit zu geben, die Delegiertenwahlen zeitig genug vornehmen zu können, veröffentlichen wir die Einteilung der Wahlkreise schon in Nr. 2, nicht, wie beabsichtigt war, erst in Nr. 3.

Es entsenden Delegierte:

1. Wahlkreis: Berlin I = 2 Delegierte.
2. Wahlkreis: Berlin II = 1 Delegierter.
3. Wahlkreis: Brandenburg, Danzig, Frankfurt a. O., Potsdam, Stettin, Wolgast, Rostock, Posen = 1 Delegierter.
4. Wahlkreis: Striegau, Häslicht i. Schl. = 3 Delegierte.
5. Wahlkreis: Strehlen, Ströbel = 1 Delegierter.
6. Wahlkreis: Albendorf, Mittelsteine, Wünschelburg, Sackisch = 1 Delegierter.
7. Wahlkreis: Breslau, Bunzlau, Oberpeilau = 1 Delegierter.
8. Wahlkreis: Alt-Warthau I und II, Deutmannsdorf, Hockenau, Wenig-Rackwitz, Plagwitz-Löwenberg = 2 Delegierte.
9. Wahlkreis: Görlitz, Löbau, Oppach = 1 Delegierter.
10. Wahlkreis: Bautzen, Demitz-Thumitz, Königsbrück = 1 Delegierter.
11. Wahlkreis: Meißen I, Riesa, Meißen = 2 Delegierte.
12. Wahlkreis: Dresden, Krippen = 3 Delegierte.
13. Wahlkreis: Pirna, Neundorf I = 2 Delegierte.
14. Wahlkreis: Posta, Neundorf II = 3 Delegierte.
15. Wahlkreis: Leipzig I = 1 Delegierter.
16. Wahlkreis: Berbersdorf, Mittweida = 1 Delegierter.
17. Wahlkreis: Beucha, Grimma, Altenhain, Röcknitz = 1 Delegierter.
18. Wahlkreis: Chemnitz, Wechselburg, Zwickau, Plauen, Altenburg = 1 Delegierter.
19. Wahlkreis: Annaberg, Kirchberg, Aue, Treuen, Geyer, Greiz, Gera = 1 Delegierter.
20. Wahlkreis: Leipzig II, Dessau, Halle, Löbejün, Magdeburg, Naumburg, Nebra, Wittenberg = 1 Delegierter.
21. Wahlkreis: Erfurt, Gotha, Jena, Kelbra, Seebergen, Eisenach, Schmalkalden, Crawinkel = 1 Delegierter.
22. Wahlkreis: Mühlhausen, Langensalza, Geismar, Oberdorla = 1 Delegierter.
23. Wahlkreis: Kassel, Hoof I und II, Göttingen, Oberbillingshausen, Reiffenhausen = 1 Delegierter.
24. Wahlkreis: Hasserode, Halberstadt, Lutter a. B., Langelsheim, Hildesheim, Blankenburg = 1 Delegierter.
25. Wahlkreis: Osterwald, Lauenberg, Altenhagen I, Brackwede, Leopoldsthal, Springe, Unsen = 1 Delegierter.
26. Wahlkreis: Osterholz, Osnabrück, Münster, Scharfoldendorf, Hannover, Bremen I, Oldenburg, Hörstel = 1 Delegierter.
27. Wahlkreis: Bremen II, Hamburg II, Lüneburg = 1 Delegierter.
28. Wahlkreis: Hamburg I, Kiel, Lübeck, Ohlsdorf = 1 Delegierter.
29. Wahlkreis: Düsseldorf, Duisburg, Elberfeld, Krefeld, München-Gladbach = 1 Delegierter.
30. Wahlkreis: Dortmund, Köln I und II, Essen = 1 Delegierter.
31. Wahlkreis: Frankfurt a. M., Offenbach, Reinheim, Darmstadt = 1 Delegierter.
32. Wahlkreis: Mainz, Wiesbaden, Trier = 1 Delegierter.
33. Wahlkreis: Wetzlar, Marburg, Gießen, Villmar, Wirges, Kirn, Balduinstein, Obermärln, Oberhausen, Höchst a. M. = 1 Delegierter.
34. Wahlkreis: Alsenz, Hochstetten, Oberstein-Idar = 1 Delegierter.
35. Wahlkreis: Speier, Mannheim, Ludwigshafen I und II, Leimen = 1 Delegierter.
36. Wahlkreis: Dürkheim = 1 Delegierter.
37. Wahlkreis: Kaiserslautern, Hochspeier, Otterberg, Alsenborn, Neustadt a. H., Klingenmünster = 2 Delegierte.
38. Wahlkreis: Altenbach, Heppenheim, Bensheim, Zwingenberg = 1 Delegierter.
39. Wahlkreis: Reichenbach, Schönberg, Lindenfels = 1 Delegierter.
40. Wahlkreis: Karlsruhe, Palmbach, Söllingen, Annweiler, Wilferdingen, Untermutschelbach, Landau = 1 Delegierter.
41. Wahlkreis: Straßburg, Pfalzburg, Lützelburg, Makweiler, Waldhambach = 2 Delegierte.
42. Wahlkreis: Offenburg, Lahr, Sexau-Lörch, Freiburg, Konstanz, Ueberlingen, Radolfzell = 1 Delegierter.
43. Wahlkreis: Metz, St. Johann, Zweibrücken = 1 Delegierter.
44. Wahlkreis: Kappelrodeck, Ottenhöfen = 1 Delegierter.
45. Wahlkreis: Mülhausen i. E., Schlettstadt, Kolmar, Erstein, Andlau = 1 Delegierter.
46. Wahlkreis: Stuttgart I und II, Heilbronn = 1 Delegierter.
47. Wahlkreis: Ulm, Weinsberg, Nördlingen, Schnaitheim, Göppingen = 1 Delegierter.
48. Wahlkreis: Augsburg, München, Bruckmühl, Kiefersfelden, Regensburg, Kelheim, Abensberg = 3 Delegierte.
49. Wahlkreis: Nürnberg, Laufamholz, Bamberg = 1 Delegierter.
50. Wahlkreis: Ebelsbach, Kirchaich = 1 Delegierter.
51. Wahlkreis: Zeil a. M., Gerolshofen, Münerstadt, Eibelstadt, Ochsenfurt, Goßmannsdorf, Kützberg-Kronningen = 1 Delegierter.
52. Wahlkreis: Marktbreit, Rothenburg o. T., Würzburg, Grünsfeld, Heidingsfeld, Kirchheim, Randersacker = 1 Delegierter.
53. Wahlkreis: Hardheim Rothenfels, Dorfprozelten, Stadtprozelten, Wertheim, Mondfeld, Miltenberg, Kembach, Eisenberg-Obernburg = 1 Delegierter.
54. Wahlkreis: Fechenbach, Reistenhausen, Faulbach, Gailbach, Heigenbrücken, Aschaffenburg, Amorbach, Kleinheubach, Seckmauern, Erbach, Wörth-Trennfurt = 1 Delegierter.
55. Wahlkreis: Schwarzenbach, Koburg, Münchberg, Berneck = 1 Delegierter.
56. Wahlkreis: Hof, Seussen, Wunsiedel = 1 Delegierter.
57. Wahlkreis: Selb, Weißenstadt, Bayreuth = 1 Delegierter.
58. Wahlkreis: Floß, Neusorg, Niederlamitz, Pilgramsreuth, Rehau = 1 Delegierter.

Wahlreglement.

Bei der Wahl der Vertreter zum Verbandstag in Nürnberg ist folgendes zu beachten: Wer im Jahre 1905 Verbandsmitglied wurde, muß eine Delegiertenmarke geklebt haben. Wer schon 1904 und vor dem Verbandsmitglied war, muß die Delegiertenmarken für 1904 und 1905 geklebt haben. Auch müssen die Beiträge bis zum Wahltermin entrichtet sein.

Selbstredend sind arbeitslose und kranke Verbandsmitglieder, wenn sie vor ihrer entstandenen Arbeitslosigkeit und Krankheit den Verbandspflichten nachgekommen sind, wahlberechtigt.

Die Hauptwahlen müssen vom 11. bis einschließlich 23. Februar vollzogen sein.

Erreicht ein Kandidat bei der Hauptwahl nicht die absolute Majorität, **so findet ein zweiter** Wahlgang statt, und zwar in der Zeit **vom 4. bis einschließlich 10. März.**

Für die **Hauptwahlen** muß das Wahlprotokoll **bis zum 26. Februar** dem Zentralvorstand übermittelt sein. Das Wahlprotokoll **für die Stichwahlen muß am 12. März eingegangen sein.**

In der Nummer des Fachblattes, die am 17. März zu erscheinen hat, werden dann die in der Stichwahl gewählten Delegierten veröffentlicht. Bei der Hauptwahl gilt absolute, beim zweiten Wahlgang relative Majorität.

In Wahlkreisen, wo 2 oder 3 Delegierte zu wählen sind, aber bei der Hauptwahl die absolute Stimmenmehrheit von keinem erreicht wird, gelten ebenfalls die im zweiten Wahlgange als gewählt, welche der Reihenfolge nach die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Wer im ersten Wahlgange in diesem Falle die absolute Stimmenzahl schon hat, gilt selbstredend als gewählt. Bemerkt sei noch, daß in solchen Wahlkreisen, wo mehrere Delegierte in Frage kommen, die Stimmzettel soviel Namen enthalten müssen, als Delegierte zu entsenden sind. Striegau mit Häslicht hat zum Beispiel drei Delegierte zu wählen, jeder wahlberechtigte Kollege hat auf seinem Stimmzettel also drei Namen zu verzeichnen. Stimmzettel, die mehr Namen enthalten, als Delegierte zu entsenden sind, müssen für ungültig erklärt werden. Als Ersatzmann im Verhinderungsfalle eines Delegierten gilt derjenige, welcher nach den gewählten Delegierten die meisten Stimmen erhalten hat.

Um eine möglichst starke Wahlbeteiligung zu erzielen, überlassen wir es den einzelnen Zahlstellen, die Wahl in den Versammlungen **oder auf den Werkplätzen** vorzunehmen.

Die Wahl ist eine geheime und erfolgt mittels Stimmzettel.

Maßgebend für die Vornahme des Wahlaktes in jeder Zahlstelle muß sein, daß entweder die Wahl nur in der Versammlung oder nur auf den Werkplätzen stattfinden darf. Jede Zahlstelle hat ein Wahlkomitee von drei Mann zu wählen, das das Wahlresultat zu prüfen und dem Zentralvorstand unverzüglich zu übermitteln hat. Wird aber auf den Arbeitsplätzen abgestimmt, so hat auf jedem Platz eine dreigliedrige Kommission die Stimmzettel in Empfang zu nehmen und dieselben der Wahlkommission der Zahlstelle, welche für die korrekte Vollziehung des Wahlgangs dem Zentralvorstand gegenüber verantwortlich ist, **noch am Tage der Abstimmung zu übermitteln.** Wird die Wahl auf den Werk- oder Arbeitsplätzen vollzogen, so hat dieselbe in der Zahlstelle nur an einem Tage zu erfolgen.

Wir erwarten, daß die Bestimmungen richtig durchgeführt werden und behalten uns bei eventuellen Wahlanfechtungen vor, die Stimmzettel einzufordern. Dieselben müssen deshalb bis zur Generalversammlung aufbewahrt werden.

Bilden mehrere Zahlstellen einen Wahlkreis, so steht es davon jeder frei, einen Kandidaten vorzuschlagen, doch ist es gut, um größere Stimmenzersplitterungen zu vermeiden, daß insbesondere die kleineren Zahlstellen bei der Aufstellung der Kandidaten eine Verständigung anstreben.

Eine Wahlpropaganda für den einen oder andern Kandidaten durch das Fachblatt ist nicht gestattet. Die nochmalige Veröffentlichung des Wahlreglements wird nicht mehr vorgenommen; die Zahlstellenfunktionäre sind deshalb verpflichtet, sich mit den bekannt gegebenen Bestimmungen eingehendst vertraut zu machen. Die Wahlkommission jeder Zahlstelle hat bei der Feststellung der Wahlresultate die Verpflichtung, um etwaige Meinungsdifferenzen über das Wahlreglement selbst zu klären, die Nummer 2 des Steinarbeiters, in welcher die Wahlkreiseinteilung und das Wahlreglement publiziert sind, in mindestens einem Exemplar bei der Hand zu haben. Die Wahlprotokolle werden von hier aus frühzeitig versandt, die Stimmzettel dagegen sind von den Zahlstellen selbst zu besorgen.

Wir ersuchen die Verbandsmitglieder, sich an der Delegiertenwahl recht zahlreich zu beteiligen.

Vorschläge der Kandidaten zur General-Versammlung.

Da nun die Wahlkreiseinteilung endgültig festgelegt ist, so erwächst den einzelnen Kreisen die Pflicht, unverzüglich die Aufstellung der Kandidaten vorzunehmen und die Namen der-

selben **dem Zentralvorstand bis zum 3. Februar** zu unterbreiten. Später als am vorgenannten Termin eingehende Vorschläge bleiben **unbedingt unberücksichtigt.** Die Namen der Kandidaten werden dann in der Nummer des Steinarbeiters veröffentlicht, **die am 10. Februar** zu erscheinen hat.

Jeder Delegierte erhält nach der vollzogenen Wahl ein Mandat zugestellt; wir machen aber schon jetzt darauf aufmerksam, daß die Delegierten zur Generalversammlung ihre Mitgliedsbücher und Statistiken mitzubringen haben.

Der Zentralvorstand.

Etwas über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Steinarbeiter im Fichtelgebirge.

Der allgemeine Geschäftsgang in den Betrieben ist gegenwärtig ein guter zu nennen. Ueberall wird auf die pünktlichste Einhaltung der festgesetzten Arbeitszeit gedrungen. In manchen Werken ist man sogar daran gegangen, eine neue Arbeitsordnung einzuführen, welche die Arbeitszeit noch mehr ausdehnt. Ein Unternehmer hat eine solche sogar verschärft, ohne zuvor die Arbeiter davon in Kenntnis zu setzen oder dieselbe bezirksamtlich bestätigen zu lassen. In diesem Betriebe würden noch eine Anzahl Arbeiter eingestellt, aber es sind keine zu haben. Die Einheimischen sehnen sich nicht nach diesem Dorado, und Fremde kommen keine zugereist. So kommt es, daß die jetzt dort tätigen Kollegen bis 11 und 12 Uhr nachts arbeiten müssen. Selbstverständlich wird für die Ueberstunden kein Zuschlag bezahlt, daher dringt auch der Unternehmer so auf Ueberstunden. Müßte der tarifmäßige Zuschlag bezahlt werden, so würden diese bald eingeschränkt werden. Ja, es kann ruhig gesagt werden, dieseben würden bald aufhören. Nun sollte man aber bei einem derartigen Geschäftsgang annehmen können, daß die Arbeitslöhne doch auf der bisherigen Höhe blieben. Das Gegenteil ist aber der Fall. Der gute Geschäftsgang wird benutzt, um die Löhne zu kürzen. So hat es im vergangenen Jahre die Firma Erhard Egerer in Schönbrunn verstanden, einmal 5 Prozent, das andre Mal 7 Prozent von den Arbeitslöhnen abzuziehen. Der Polier Ott stellte die Kollegen vor die Alternative, entweder billiger zu arbeiten oder auszusetzen. Die Drohung, entweder am Hungertuche zu nagen oder zu niedrigeren Löhnen zu arbeiten, wirkte; die Arbeiter ließen sich die 5 Prozent abziehen. Kurz vor Weihnachten wurde dasselbe Manöver in Szene gesetzt, und siehe, es gelang wieder. Nur hatte es die Firma diesmal etwas eiliger. Es hieß, wenn sie 7 Prozent billiger arbeiten, dann wäre eine schöne Arbeit in Aussicht, sie dürfte nur telegraphieren, dann bekäme die Firma dieselbe. In Wirklichkeit aber hatte der Unternehmer den Auftrag schon in der Tasche. Hier hat wahrscheinlich wieder einmal eine der bekannten Submissionen eine Rolle gespielt. Der Unternehmer wollte von seinem Profit nichts ablassen, und so mußten denn die Arbeiter dafür bluten.

Bei der Firma Jakob in Marktleuthen werden auch Löhne bezahlt, die aller Beschreibung spotten. Für Arbeiten, die nach dem Tarif 2.70 Mk. kosten, bezahlt Jakob der Billige, sage und schreibe 1.20 Mk. Die Arbeiter dürfen sich gewiß nicht wundern, wenn ab und zu an dieser Stelle auf die seltsamen Submissionen hingewiesen wird. Betrachtet man die seinerzeitigen Submissionen beim Neubau des Polizeidienstgebäudes in Köln, so wird sich zeigen, daß immer solche Firmen, die ihre Arbeiter am schlechtesten bezahlen, auch das größte Abgebot machen können. Das Granitwerk Ackermann in Weißenstadt submittierte 13 533.77 Mk. und die Gebrüder Frank in Kirchenlamitz 7609.26 Mk. Die Gebrüder Frank haben also nahezu um die Hälfte abgeboten. Wer muß aber in erster Linie dieses Abgebot tragen? Die Unternehmer keinesfalls, sondern stets die Arbeiter. Es darf ja nicht übersehen werden, daß die maschinellen Einrichtungen in den Betrieben auch in Frage kommen. Aber in diesem Falle steht der Vorteil auch noch auf seiten Ackermanns. Wäre es aber möglich, so frage ich, daß die Unternehmer derartiges ausführen könnten, wenn die Steinarbeiter in diesen Geschäften organisiert wären? Gewiß nicht! Wenn freilich Arbeiter noch der Meinung sind, daß der Unternehmer ein gutes Herz für sie hat, wenn er bei den Wahlen einige Fässer Bier zahlt, dann ist nichts andres zu erwarten. Findet eine unsrer Versammlungen dort statt, so wiederholt sich dasselbe Spiel. Die Kollegen merken, wie es scheint nicht, daß sie sich dadurch nur schaden. Die Unternehmer werden in kurzer Zeit reiche Leute, und die Arbeiter gehen in ihrer wirtschaftlichen Lage täglich zurück. Der größte Teil von ihnen stirbt im schönsten Mannesalter, ein Teil fristet als Invalide sein Dasein, und nur wenige sind es, die tatsächlich ein menschliches Dasein führen. Daß unter solchen Umständen die Schmutz- und Schleuderkonkurrenz die schönsten Blüten treibt, läßt sich leicht denken. Die Firma W. Kleemann läßt es sich, wie aus nachstehendem Schriftstück zu ersehen ist, angelegen sein, diese etwas einzudämmen. Folgendes Schreiben wurde in der letzten Zeit an die Granitindustriellen des Fichtelgebirges versandt:

Weißenstadt, 26. 11. 05.

Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Granitwerksbesitzer es auch so machen würden, wie andre Geschäfte, daß sie feste Verkaufspreise vereinbaren; denn es ist bloß eine Frage der Zeit, daß die Arbeiter kommen werden und mehr Lohn haben wollen, da ja alle Nahrungsmittel im Preise sehr hoch stehen, ebenso steigen fortwährend die Beiträge zur Unfallversicherung usw.

Eine Zusammenkunft und Besprechung in Kirchenlamitz wäre daher sehr erwünscht.

Aus diesem Schreiben können die Arbeiter ersehen, daß es sogar Arbeitgeber gibt, die nach Inkrafttreten des neuen Zolltarifs mit der Tatsache rechnen, daß die Arbeiter einen höheren Lohn erhalten müssen, um die Steigerung der hauptsächlichsten Lebensbedürfnisse parieren zu können. Wenn die Steinarbeiter heute ebenso mit einer Steigerung der Lebensmittelpreise rechnen würden, dann wäre in Aussicht, daß recht bald bedeutende Fortschritte auf dem Gebiete der Organisation zu verzeichnen wären.

Die Herren Arbeitgeber von der Granitbranche der Oberlausitz in Bischofswerda.

Am 5. Januar abends waren die Steinindustriellen in den Bahnhofsräumen in Bischofswerda beisammen, um über ihre so gedrückte Lage zu sprechen. Es waren auch auf den Ruf des Herrn Schleicher, der den Vorsitz führte, die Mehrzahl der Unternehmer erschienen, auch diejenigen, die noch nicht zum Verbande gehörten. Von Görlitz, Reichenbach (neues Geschäft), Löbau, Bautzen, Oppach und Umgegend und Lohmen waren die Herren vertreten. Nur die größte Firma der Oberlausitz, Kloß-Löbau, war nicht vertreten. In der Hauptsache handelte es sich um die Materialfrage, da der schwarze schwedische Granit immer fehlerhafter wird und die Geschäfte darunter zu leiden haben, und auch in Zukunft kein besseres Material, wie der Vertreter von Schweden versicherte, zu erwarten ist. Die Unternehmer sprachen sich dahin aus, an alle Abnehmer sowie in den Zeitschriften zu erklären, für fehlerhaftes Material, wie es die Natur geschaffen hat, nicht mehr zu garantieren. Im weiteren wurde auch die Lohnfrage erwähnt. Es wurde angeregt, mehr einen Einheitstarif festzulegen, was aber nicht viel Anklang fand. Besonders Herr Schleicher-Taubenheim und Kumpf-Löbau waren Gegner. Ersterer sagte, daß es ihm gleich wäre, ob seine Steinmetzen organisiert wären oder nicht. Nun, Herr Schleicher, wie wäre es denn, wenn Sie als Vorsitzender dahin wirkten, den Löbauer Tarif für die ganze Lausitz einzuführen, da bei Ihnen überhaupt kein Tarif besteht. Aber das werden Sie wohl bleiben lassen, sonst müßten Sie tiefer in den Geldbeutel greifen, denn bei Ihrer Firma werden die Steinmetzen sehr minimal entlohnt. Im weiteren äußerte sich dieser Herr auch, daß er nur im Notfalle fremde Steinarbeiter einstelle. Ja, auch dieses hat seine Bewandtnis; es sind ihm die lieber, die an die Scholle gebunden sind. Herr Kumpf-Löbau äußerte, daß er auch keinen Tarif unterschreibt, bei ihm wäre gestreikt worden und er hätte alle entlassen. Im weiteren wurde auch betont, daß die Löhne der Arbeiter gegenüber anderen Berufen bedeutend besser wären. Auch dies muß bezweifelt werden. Gewiß, wenn man mit den besten Zahlen hausieren geht, können ja etliche Paradearbeiter vorgeführt werden, die große Zahl der Steinarbeiter verdient aber wohl kaum im Durchschnitt 900 bis 1000 Mk. Mit diesen Ziffern kann wahrlich kein Renommee gemacht werden. Leider muß betont werden, daß die Organisationsverhältnisse in der Lausitz sehr der Besserung bedürfen. Es ist geradezu traurig, daß organisatorisch bisher kein größerer Fortschritt in der Granitindustrie zu verzeichnen waren. Die Macht der Unternehmer wächst ins kolossale. Die eigenen Berufskollegen sehen vom Vorwärtsschreiten der Arbeiter in anderen Gegenden nicht das geringste.

Kollegen der Lausitz, wann kommt ihr endlich zu der Erkenntnis, daß bei euch der Steinarbeiterverband noch machtvoll gestärkt werden muß?

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Marmorschleifer Berlins.

Die wirtschaftliche Lage der Berliner Marmorschleifer ist eine recht traurige. Man hat Werkstellen, in denen man unter keinen Umständen mehr arbeiten würde, wenn man nicht dazu durch Hunger gezwungen würde. Es gibt ja auch Werkstellen, mit denen die Leute einigermaßen zufrieden sein können, doch solche, wo die Verhältnisse unsern Forderungen ganz entsprechen, habe ich bis jetzt noch nicht angetroffen. Selbstverständlich liegt die Schuld hieran nur auf seiten der Kollegen. Sehen wir uns doch nur einmal die Werkstellen etwas näher an. Es sind ihrer, ausschließlich der Grabsteingeschäfte, zirka 35 Betriebe, in welchen ungefähr 250 Schleifer beschäftigt sind. Von diesen 250 Schleifern sind höchstens 175 organisiert. Nach Tarif wird in 16 Werkstellen bezahlt. Trotzdem nun nach Tarif kaum so viel zu verdienen ist, daß man mit einer Familie von 3 bis 4 Kindern sich kümmerlich durchschlagen kann, so wird in den nichttariftreuen Werkstellen ein Lohn bezahlt, der aller Beschreibung spottet.

Wie aber drücken die Unternehmer selbst die Preise. Ein Waschtischaufsatz z. B. von 78×47 Zentimeter wird für 9 bis 10 Mk. verkauft. Ja, ich habe es schon erlebt, daß ein ganzes Dutzend hiervon für sage und schreibe 100 Mk. verkauft wurde. Daß hier nicht viel für Arbeitslohn verausgabt werden kann, läßt sich doch wohl denken. Die Leute in den nichttariftreuen Buden arbeiten ja auch zehn, elf, ja sogar öfters dreizehn Stunden. Und was bekommen diese Leute für ihre Arbeit? Ich will nur einen Vergleich anstellen, und zwar bei den Aufsätzen 78×47 Zentimeter. Nach Tarif kostet derselbe zu schleifen und zu polieren 2.50 Mk. Man hat damit etwa 4½ Stunden zu tun. In nichttariftreuen Buden bekommen die Schleifer 2 Mk., 1.75 Mk., ja sogar bloß 1.50 Mk. dafür. Daß die Leute ihre Gesundheit völlig preisgeben, ist wohl ganz selbstverständlich, denn auch die hygienischen Verhältnisse lassen viel zu wünschen übrig. Da ist z. B. eine Werkstelle, die im Keller liegt. Wenn nicht ganz klares Wetter herrscht, muß den ganzen Tag bei Licht gearbeitet werden. Der Schutt, und das ist das größte Uebel in fast allen Werkstellen, wird höchstens alle acht Tage ausgeräumt. Unter dem Schauertisch befindet sich ein Loch im Fußboden, in das das Wasser gefegt wird. In dieses Loch hat auch der Ziehhund, dessen Aufenthaltsraum auch diese Werkstelle war, seine Bedürfnisse verrichtet. (Der Hund muß sehr gelehrig gewesen sein. Redaktion.) Es war vor Gestank nicht auszuhalten. Diesen Uebelständen ist ja nun von der Gewerbeinspektion abgeholfen worden.

So recht zusammengepfercht stehen die Schleifer in einer Werkstelle in der Bergmannstraße. Diese Werkstelle befindet sich zwei Treppen hoch auf dem Boden. Sie ist 5½ Meter lang und 6 Meter breit. An der einen Seite beträgt die Höhe 2½ Meter und an der andern 3 Meter. In dieser Musterbude stehen vier Tische, woran, wenn viel zu tun ist, acht Schleifer stehen müssen. Es kann sich also niemand richtig bewegen. Dazu steht man noch den ganzen Tag im Wasser, denn dasselbe hat keinen Abfluß. Der Fußboden ist mit Holz ausgelegt, also immer feucht. Fenster sind weiter auch nicht zu öffnen, als zwei kleine Flügel von 40×20 Zentimeter Größe. Ebenso verhält es sich mit der Frühstücksbude, die noch bedeutend kleiner als die Werkstelle selbst ist. Hier sollen ca. 30 Mann ihr Essen einnehmen. Da diese Bude aber gleichzeitig als Ankleideraum dient, verzichtet jeder gerne darauf, darin zu essen.

Was verdient nun ein Schleifer, der nach Tarif bezahlt erhält? Nach der diesjährigen Statistik betrug der Durchschnittsverdienst bei den Schleifern 1097.53 Mk., das macht also pro Woche 21.10 Mk. Davon geht noch ab die Ausgabe für die Fahrt auf der Elektrischen, sie beträgt pro Woche mindestens 1.20 Mk., oft sogar 2 Mk. Trotzdem das Material zum Schleifen geliefert werden soll, ist man doch gezwungen, sich noch verschiedenes selbst zu kaufen. Um etwas mehr zu verdienen, nimmt man zum Polieren der Ränder und auch kleinen Flächen mit Schwefelsäure eingerührte Trippel. Die Arbeitgeber liefern dieses nicht, sie verlangen, daß man alles mit Blei polieren soll, denn dieses würde ja geliefert. Ebenso verhält es sich mit der Alaun. Auch hier verlangen die Meister Stehpolitur, also ohne Alaun. Rechnet man nun noch den Wiener Backstein, eine Art Kunstbimsstein, sowie Polierlappen und Ballen hinzu, denn dieses wird bekanntlich auch nicht geliefert, so gehen im ganzen noch — sagen wir ruhig — 1.60 Mk. vom Verdienst ab. Wie schon oben angeführt, muß der Schleifer in einer tariftreuen Werkstelle noch immer einiges für sein Geld kaufen. In den nichttariftreuen Buden wird entweder gar nichts oder doch sehr wenig geliefert. Wenn nun ein Schleifer in einer solchen Werkstelle aufhört oder aufhören muß, so kann er sich ruhig ein kleines Fuhrwerk annehmen, um sein Zeug auf einmal forttransportieren zu können. Es ist bloß zu bewundern, daß die Arbeitgeber nicht auch noch verlangen, daß der Arbeiter den Marmor selbst kaufen soll.

Wie nun eine Familie mit 3 bis 4 Kindern mit diesen 19.50 Mk. bei der jetzigen Teuerung auskommen soll, möge uns mal einer von den Herren Unternehmern vorrechnen. Es ist also auch die Frau notgedrungen gezwungen, mitzuarbeiten. Da die Frauenarbeit aber auch so miserabel bezahlt wird, muß die Frau von morgens früh bis abends spät arbeiten. Wie es mit der Wirtschaftsführung im Haushalte bestellt sein kann, bedarf keiner weiteren Auseinandersetzung.

Noch auf einen weiteren Uebelstand der organisierten Kollegen sei hier aufmerksam gemacht. Es betrifft dies unseren Arbeitsnachweis. Wie es scheint, besteht derselbe nur dem Namen nach, in Wirklichkeit wird derselbe nur benutzt, um sich sein Buch bei Arbeitslosigkeit abstempeln zu lassen. Die Kollegen schreiben sich wohl ein, aber es wird vom Nachweis nicht viel Arbeit ausgegeben. Warum? Weil jeder gleich die ganzen Werkstellen absucht, ob nicht irgend eine Stelle frei ist. Es gibt Kollegen, die es nicht einmal der Mühe wert halten, nachdem sie Arbeit gefunden, dieses dem Vorsteher des Nachweises mitzuteilen, damit derselbe die Eingetragenen streichen kann. Wer sich nun aber auf den Arbeitsnachweis verläßt, ist eben der Geschädigte, es bleibt ihm weiter nichts übrig, er muß auch von Bude zu Bude Arbeit suchen gehen. Ich könnte ja nun noch mehr solcher Uebelstände in Werkstellen aufzählen, es würde aber zu weit führen. Nur auf eine Firma möchte ich noch zurückkommen, nämlich die Firma E. Zache in Weißensee. Es sind dort ungefähr 10 Maschinen- und 10 Handschleifer beschäftigt. Organisiert sind davon 2 Handschleifer. Dieser Unternehmer bezahlt ja teilweise 55 Pfg. pro Stunde, und es wird nur im Lohn gearbeitet, also noch über Tarif, derselbe schreibt bloß 50 Pfg. vor, er unterschreibt aber den Tarif nicht, um sich nicht zu binden, wie er ja wohl gesagt hat. Für diese 55 Pfg. verlangt derselbe aber auch eine Arbeitsleistung. Ich habe in letzter Zeit bei ihm gearbeitet. So sehr ich nun den Akkord verwerfe, denn Akkord ist bekanntlich Mord, so habe ich denselben hier aber sehnlichst gewünscht; denn soviel wie hier im Lohn, habe ich in andern Werkstellen im Akkord noch nicht gearbeitet. Und trotzdem bekam ich nur 50 Pfennig. Nachdem ich nun die dritte Woche noch nicht mehr bekam, wurde ich beim Herrn Chef vorstellig und bekam zur Antwort: Sie verdienen nicht mehr, denn sie arbeiten mir nicht flott genug, im Akkord würden sie noch nicht einmal so viel verdienen. Na, Kollegen, wenn man in 62 Stunden die Woche nicht einmal 31 Mk. im Akkord verdienen kann, dann würde ich die ganze Schleiferei an den Nagel hängen. Die Kollegen werden nun staunen und sagen: Wie kommst du denn dazu, 62 Stunden zu arbeiten? Ja, Kollegen, als einzig Organisierter in dieser Fabrik ist man nicht imstande, dieses Uebel auszumerzen. In der Fabrikordnung steht zwar: Die Arbeitszeit ist von 7—6 Uhr; es ist aber dieses Jahr, mit Ausnahme von vielleicht 8 oder 10 Tagen, alle Abende bis 7 und meistenteils bis 8 Uhr gearbeitet worden, ja sogar bis 9 und 10 Uhr haben die Leute gearbeitet. Und wie arbeiten die Leute in dieser Fabrik. Es traut sich keiner aufzusehen oder sich mal einen Augenblick auszuruhen, wenn der Chef und der Meister oder Polier anwesend sind. Einmal werden auch diese Kollegen zu der Erkenntnis kommen, daß sie allein nichts ausrichten können, sondern nur eine große, geschlossene Masse, und darum hinein in den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands.

w. d.

Bericht der Gaukonferenz des 13. Gaues

(Vorort: München).

Die Gaukonferenz fand am 26. Dezember 1905 in Regensburg statt. Kollege Straubinger-München wurde als erster Vorsitzender, als zweiter Kürzinger-Regensburg und als Schriftführer Kollege Fissel gewählt.

Anwesend waren die Delegierten (Wieviel? Die Redaktion.) von München, Augsburg, Kelheim, Bruckmühl, Kiefersfelden, Regensburg.

Tagesordnung: 1. Bericht des Gauvorstandes und der Zahlstellen; 2. Organisation und Agitation; 3. Anträge zum Verbandstag und Unterstützungseinrichtungen.

Zu Punkt 1 gab Gauleiter Link den Bericht des 13. Gaues seit seiner Tätigkeit. Er kam auf die Aussperrung in München zu sprechen und schilderte den schweren Kampf während dieser Zeit. Er bedauerte lebhaft den Eingang der Zahlstelle Fischach, die unter keinen Bedingungen zu halten war. Organisiert sind zurzeit zirka 600 Mann im 13. Gau. Der Schriftwechsel mit den einzelnen Zahlstellen war ein reger. Die Bundesratsverordnung wird so ziemlich eingehalten; doch herrscht fast überall noch zehnstündige Arbeitszeit.

Zum Punkt: Organisation und Agitation nahm Kollege Link ebenfalls das Wort und schilderte das Vorwärtsschreiten unseres Verbandes. Er kam dann auf die christlichen Gewerkschaften zu sprechen und warf die Frage auf: Sollen wir die christlichen Verbände bekämpfen oder nicht? Er beantwortete die Frage dahin, das wir gegebenenfalls mit ihnen zusammenarbeiten sollen, doch sei äußerste Vorsicht angebracht, angesichts der schlimmen Erfahrungen. Kollege Link kam dann auf den bayerischen Wald zu sprechen und meinte, daß dort eine große Anzahl Steinarbeiter zu gewinnen wäre. Die Delegierten waren sich darüber einig, daß es von großem Nutzen wäre, im 13. Gau einen besoldeten Gauleiter anzustellen, und wurde ein diesbezüglicher Antrag eingebracht. Die Delegierten waren der Meinung, daß man die Gaue besser einschränken (??) soll und dafür die einzelnen Gaue vergrößern. In bezug auf die Presse führten die Kollegen Fissel und Straubinger aus, welchen Nutzen eine gute Fachpresse besitzt und daß auch die politische Presse auf dem Tasche des Arbeiters liegen soll; auch die Bibliotheken der Gewerkschaften möchten besser benützt werden.

Zu Punkt 3 führte Kollege Streifeneder einiges aus über die Unterstützungseinrichtungen bei den anderen Verbänden und verglich sie mit unsern auf der T.-O. des Verbandstages stehenden. Es wurde ein Antrag eingebracht, daß die Delegierten zum Verbandstage in Nürnberg dahin wirken möchten daß auf der Grundlage der vom Zentralvorstand veröffentlichten Unterstützungsvorlage **einer Erwerbslosenunterstützung als zeitgemäß** zuzustimmen sei. Weiter wurde die Wahlkreiseinteilung besprochen. Die Delegierten protestierten energisch dagegen, daß Kelheim und Regensburg von Nürnberg vertreten werden soll. Es wurde der Gauleiter beauftragt, bei dem Zentralvorstand dahin zu wirken, daß die beiden Zahlstellen beim Gau bleiben und für den 13. Gau drei Delegierte entsendet werden, indem wir nach unsrer Mitgliederzahl dazu berechtigt sind. Sodann kam § 5 zur Sprache und es werden die Delegierten beauftragt, auf dem Verbandstage dahin zu wirken, daß bei Streiks vom ersten (??) Tage ab die Unterstützung ausbezahlt wird; auch dahin zu wirken, daß bei Streiks die ledigen Kollegen, wenn sie länger als 8 oder 14 Tage dauern, abreisen müssen, andernfalls erhalten sie bloß die halbe Unterstützung.

In seinem Schlußworte hofft Gauleiter Link, daß die stattgefundene Arbeit auch von Nutzen sein möchte, trotz der geteilten Meinung bei den einzelnen Punkten. Wenn im Verbande Neueinrichtungen geschaffen werden sollen, so müssen auch Opfer gebracht werden.

Korrespondenzen.

Stadtprozelten. Am 18. Dezember 1905 tagte im Gasthaus zum Anker eine sehr gut besuchte Steinarbeiterversammlung, die auch von den Kollegen von Mondfeld gut besucht war. Als

Referent war Kollege Mittenmeier anwesend. Er sprach über des Steinmetzen Beruf und Gefahren. Anwesend bei der Versammlung war auch der Herr Pfarrer Scheurich von hier, der auch dem Referate voll und ganz zustimmte. Anknüpfend an diesen Bericht wird erwähnt, daß unser Versammlungslokal im Gasthaus zum Anker aus wichtigen Gründen in die Wirtschaft des Herrn Kornelius Grehn verlegt wurde. In derselben Wirtschaft tagte am 1. Januar 1906 unsre übliche Monatsversammlung mit Abrechnung vom vierten Quartal. Dem Kassierer wurde für seine gute Buchführung Decharge erteilt. Auch fand die Wahl der örtlichen Verwaltung statt, in welcher als erster Vorsitzender Kollege Linus Abele, als zweiter Vorsitzender Kollege Liborius Keller und als Kassierer Gustav Herberich gewählt wurden.

Gerichtliches.

Militärjustiz und Streikvergehen. Hamburg. In der Sitzung des Kriegsgerichts der 18. Division hatte sich am 28. Dezember 1905 der Musketier Thieme von der 1. Kompanie des Regiments Hamburg wegen Beleidigung und Nötigung aus § 153 der Gewerbeordnung zu verantworten. Daß das Kriegsgericht in der Beurteilung solch „schwerer" Staatsverbrechen nicht mildere Saiten aufspannen würde als unterschiedliche bürgerliche Gerichte, war vorauszusehen. Es handelt sich um ziemlich harmlose Vorgänge, in die der Angeklagte vor seiner Militärzeit verwickelt wurde. Im Frühjahr 1905 streikten bekanntlich die Hamburger Marmorarbeiter. Der Angeklagte, der selbst Marmorarbeiter ist und Mitglied unseres Verbands war, beteiligte sich ebenfalls am Streik. Am 28. Juli ging er mit einem Kollegen nach dem Arbeitsplatz von Norden u. Sohn, Hammerbrook, wo während des Streiks andre Arbeiter zu Marmorschleifern ausgebildet worden sind und als Arbeitswillige beschäftigt wurden. Da der Streik inzwischen beendet worden war, hatten dort auch einige der Streikenden die Arbeit aufgenommen. Diesen Leuten galt ihr Besuch. Als die beiden Freunde in die Marmorwerkstatt kamen und die Arbeitswilligen erblickten, sangen sie das alte Lied: „O Heidelberg, du feine." Ferner sollen sie die Arbeitswilligen beleidigt und zu ihren alten Kollegen gesagt haben: „Wenn wir hier wären, befänden diese (zu den Arbeitswilligen gewendet) sich nicht hier." Der Aufforderung des Poliers zum Verlassen des Platzes sollen beide nicht nachgekommen sein, doch hat der Firmeninhaber keinen Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs gestellt. Der Angeklagte gibt zu, auf dem Arbeitsplatz gewesen zu sein und das Lied, das oft in seinen Kreisen gesungen werde, angestimmt zu haben; gedacht habe er sich nichts dabei; ebenso harmlos seien die sonstigen Bemerkungen gewesen. Der Inhaber der Firma sagt aus, es sei bei den Marmorschleifern alter Zunftgebrauch, daß die arbeitslosen Gesellen die arbeitenden Kollegen besuchten, ohne daß die Arbeitgeber etwas dagegen einwenden. Bei Beginn des Streiks sei allerdings die Erlaubnis hierzu aufgehoben worden. Der Angeklagte werde aber geglaubt haben, daß er wieder auf den Platz kommen dürfe, weshalb er, der Inhaber, keinen Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs gestellt habe. Nichtsdestoweniger ersuchte der Vertreter der Anklage, in diesem Falle recht scharf zuzufassen. Gegen die verhetzende Tätigkeit der unter dem sozialdemokratischen Einfluß stehenden Fachvereine und Gewerkschaften biete das Gesetz durchaus keinen ausreichenden Schutz. Deshalb müßten alle Mittel angewendet werden, um den Arbeitswilligen Schutz zu gewähren, denn es sei sehr schwer für die Arbeiter, sich vor der Drangsalierung durch organisierte Arbeiter zu schützen. Der Ankläger beantragte drei Wochen Gefängnis. Das Kriegsgericht schließt sich durchaus der Ansicht des Anklagevertreters an und erkennt auf das beantragte Strafmaß.

Submissionsblüten.

Köln. Herstellung von Steinmetzarbeiten aus Tuffstein für den Neubau des Gebäudes für die Gewerbehalle und zur Abhaltung von Meisterkursen am Ubiering zu Köln.

Submittenten	Forderungen
Westdeutsche Eisenbahn-Gesellschaft, Köln	12488 Mk.
Holzmann u. Ko., Frankfurt a. M.	10240 „
H. Radermacher Söhne, Raeren	8192 „
Scharnbach u. Acker, Niedermendig	8512 „
H. Zorn Söhne, Köln	8704 „
J. Hoß, Weibern	9728 „

Das sind ja wieder ganz nette Differenzen.

Rundschau.

Unzufriedene Elemente. Die Kaligewerkschaft Wilhelmshall hat im laufenden Jahre einen Nettogewinn von rund 1¼ Mill. Mark erzielt; monatlich werden 100 000 Mark Ausbeute an die Gewerken verteilt. Dabei konnte man überreichliche Reserven ansammeln. Die Gesellschaft verfügt zurzeit über einen Barfonds von 2 Mill. Mark. Manche Gewerken sind mit den großen Rückstellungen nicht zufrieden, sie merken wohl, daß die „Großen" jetzt erst darauf hinarbeiten, die Kleinen herauszubekommen, um nachher allein größere Fischfänge zu machen. Wenn die Kuxen in der Hauptsache in den Händen der Hauptmatadore sich befinden, wird natürlich eine noch bedeutend höhere Ausbeute gezahlt, dann hört man mit den großen Rückstellungen auf. Mit solcher Art der Verteilung des Mehrwertes sind die kleinen Kuxenbesitzer natürlich nicht einverstanden, aber sie können eine andere Praxis nicht erzwingen, sie können nur bitten und betteln. So wird z. B. in einer an die Industrie gerichteten Zuschrift der Wunsch ausgesprochen, daß die Gewerkschaft im nächsten Jahre den Gewinn unverkürzt zur Verteilung bringen möge, da ein weiteres Ansammeln von Reserven im Hinblick auf die bereits jetzt geschaffenen großen Rücklagen den berechtigten Ansprüchen der jetzigen Gewerken nicht entspreche.

Die Hähne im Korbe werden natürlich über solche frechen Dachse sehr entrüstet sein und ihnen empfehlen, den Staub von den Pantoffeln zu schütteln, damit man im kleineren Kreise des erhöhten Segens der Arbeit — anderer sich ungestört erfreue.

Unternehmerorganisationen. Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, der sich 1899 zu Karlsruhe gegründet hatte, umfaßt heute nach siebenjährigem Bestehen etwa 10 000 Mitglieder in sechs Bezirksverbänden und 152 Lokalverbänden. Von den rund 50 000 selbständigen Baugewerbetreibenden, die die Gewerbezählung 1895 nachwies, sind also erst ein Fünftel organisiert. Von den Maurer- und Zimmerergehilfen aber waren bereits 1904 128 850 und 35 891, d. i. auf die Zählung von 1895 bezogen, 42,6 bezw. 26,8 Proz. in freien gewerkschaftlichen Zentralverbänden organisiert. Dazu würden noch die Mitglieder der übrigen gewerkschaftlichen Organisationen treten. Immerhin ist zu beachten, daß die Unternehmerorganisation 1902 erst 5000 Mitglieder hatte.

Opfer der Steinbrüche. Im Steinbruch der Firma Seidel in Striegau verunglückte der Steinbrecher Paul Herden aus Gräben dadurch, daß er von einer umfallenden Platte getroffen wurde, wodurch ihm das rechte Bein gebrochen wurde. Der Verunglückte wurde in seine Wohnung geschafft. Dem Steinbrecher Alfred Achtzehn fiel eine Steinplatte auf den Fuß und zerquetschte ihm drei Zehen. Schwer verunglückt ist ferner im Gräbener Steinbruche der Firma Lehmann der 21 Jahre alte Steinarbeiter Alfred Anders aus Gräben. A. glaubte, daß die Zündschnur eines von ihm abzubrennenden Schusses nicht fortgebrannt sei, und ging, nachdem die übrigen Schüsse losgegangen waren, in den Bruch zurück, um die Zündschnur anzuzünden. Kurz bevor er die Arbeitsstelle erreichte, ging der Schuß los. Ein fortgeschleudertes Sprengstück zerschmetterte ihm das rechte Bein, welches ihm im Kreiskrankenhause, wohin der Verunglückte gebracht wurde, amputiert werden mußte. Am anderen Tage erlöste ihn der Tod von seinen Leiden.

In Strehlen verunglückten kürzlich im Steinbruche die Steinarbeiter Paucke und Hänsel aus Gambitz beim Bohren eines Sprengloches dadurch, daß ein altes Bohrloch, in welchem sich noch „Schedit" befand, plötzlich explodierte und die beiden erheblich verletzte. Paucke wurde hauptsächlich an den Händen, im Gesicht und im Unterleibe von den herumfliegenden Steinen schwer getroffen und zirka 5 Meter weit fortgeschleudert. Zum Glück ist es für beide, daß die Ladung keine vollständige war, sonst hätten sie sicher ihr Leben mit dem Tode bezahlen müssen, und die in der Nähe arbeitenden Kollegen jedenfalls mit verletzt.

In den hiesigen Steinbrüchen sind Schießunfälle nichts Seltenes, es ist dies ein Beweis, daß die Aufsichtspersonen nicht die genügende Vorsicht walten lassen.

Depesche.

Laufamholz bei Nürnberg. Wegen Entlassung zweier Vorstandsmitglieder traten am 10. Januar sämtliche Kollegen in den Streik.

Abrechnung vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1905.

Einnahme:

Einnahmen an Beiträgen, Zeitungs- u. Delegiertensteuermarken, Material, Diverses, Abonnement und Inserate des Steinarbeiters	68 733.73	Mk.

Ausgabe:

Streikunterstützung	20 957.93	Mk.
Reiseunterstützung	2384.40	„
Maßregelungsunterstützung	809 —	„
Umzugskosten	220.—	„
Rechtsschutz	114.78	„
Agitation	3784.69	„
Druckkosten	6619 65	„
Porto	1377.92	„
Gehälter	1950.—	„
Revisionen und Vorstandssitzungen	289.10	„
Konferenzen	42.35	„
Bureau-Ausgaben (Miete usw.)	653.52	„
Diverse Ausgaben (diverse Waren, Versicherungsbeiträge, Zeitungen, literarische Arbeiten usw.)	377.11	„
Summa:	39 580.45	Mk.

Bilanz:

Einnahme	68 733.73	Mk.
Ausgabe	39 580.45	„
Bestand:	29 153.28	Mk.

Leipzig, im Januar 1906. **Ludwig Geist, Kassierer.**

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Beucha. Otto Hercker wo steckst Du? Deine Adresse wünscht zu erfahren R. Prohasker.

Konstanz. Ich mache jeden Kollegen auf den Steinmetzen Adolf Schulze aus Dresden aufmerksam, derselbe gibt sich überall für organisiert aus, mit der Ausrede, ich habe mein Buch schon 14 Tage nach Leipzig geschickt, und schwindelt die Kollegen auf die raffinierteste Weise an. Seit 4 Jahren steht er in Donaueschingen in Arbeit und muß wahrscheinlich einige Wochen aussetzen und sucht sich billig durchzuschlagen. Schultheiß, Kassierer.

Adressen-Aenderungen.

Augsburg. Vorsitzender: Bernhard Fischer, Katzenstadel F 116/0. Kassierer: Sebastian Wagner, Straße 15, Nr. 7/I. Die Reiseunterstützung zahlt Fischer tagsüber in der Werkstätte Huber, abends von 7—8 Uhr in seiner Wohnung aus.

Grünsfeld. Vorsitzender: Ludwig Albert. Kassierer: Adam Kögler.

Kiel. Vorsitzender: Friedrich Rönnpagel, Ringstraße 28. Kassierer: Joseph Zerrkl, Maßmannstraße 11, III. Bei letzterem wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt.

Chemnitz. 1. Vorsitzender: Oskar Wunderlich, Hermannstraße 6, I.

Kelheim a. d. Donau. Vorsitzender: Anton Lindner, Altmarkt 95.

Krefeld. Vorsitzender: Karl Hopf, Fischelner Straße 99. Kassierer: Gerhard Maas, Ritterstraße 314.

Heppenheim. Vorsitzender: Johann Franken, Kleine Gartenstraße 13. Kassierer: Johann Schmitt, Fürther Straße 104. Bei Schmitt wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt, und zwar abends 7 Uhr.

Ochsenfurt. Vorsitzender: Kollege Uminger.

Ohlsdorf. Kassierer: Otto Risch, Ohlsdorfer Straße 524.

Naumburg. Vorsitzender: Franz Albrecht, Topfmarkt 3, IV. Kassierer: Paul Reißweck, Schulstraße 33.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 2. bis mit 5. Januar 1906.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, D. = Delegiertensteuermarken, Ers. = Ersatzmarken, Z. = Zeitungsmarken, St. = Stempel, H. = Hauptbuch, G. = Gesetzbücher, Br. = Broschüre, F. = Farbkissen, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)

Regensburg, B. 9.60; Altenbach, B. 55.30; Straßburg, B. 320.—; Augsburg, B. 56.40, E. 3.—, Z. 15.—; Lauenburg, B. 26.60, E. 4.50, D. 2.—; Schnaitheim, B. 41.04, Br. 1.—, St. 1.50, D. 0.75; Heigenbrücken, B. 69.60, E. 2.50; Rehau, B. 28.56, E. 1.—; Krefeld, E. 5.—, D. 0.60; Ulm, B. 128.—, E. 6.50, Z. 3.50, Ins. 1.—, D. 2.50; Selb, B. 160.—, E. 5.—; Seebergen (Steinmetzen), B. 32.—, H. 2.50, St. 1.50, F. 0.50, Br. 1.—; Jever (Linden), B. 17.75; Itzehoe, B. 3.80; Fechenbach, B. 7.20; Breslau, B. 192.—, Z. 15.—; Floß, B. 16.80, E. 2.—, D. 0.25, Z. 2.50; Dresden, B. 24.30; Heppenheim, B. 224.—, E. 25.—, D. 7.50, Ins. 1.20, Z. 65.—; Beucha, B. 264.56, E. 80.50, Ers. 6.25, Z. 18.—, D. 8.—, St. 0.75; Berlin, B. 320.—; Pilgramsreuth, B. 149.52, E. 0.50, Z. 4.50; Heidingsfeld, B. 59.08, E. 0.50, Z. 4.—, D. 3.25; Berneck, B. 84.—; Reichenbach, B. 60.76, D. 19.25; Dürkheim, B. 9.80; Neundorf I, Z. 7.—; Würzburg (Mittenmeier), Ins. 1.70; Ohlsdorf, B. 63.38, E. 2.—, D. 0.75, Z. 2.50; Osterholz, B. 168.40; Unsen, B. 112.—; Auweiler, B. 0.21, E. 1.—, Z. 4.50, H. 2.50, St. 1.50, Br. 1.—, F. 0.50; Amorbach 24.33, E. 2.—, D. 0.50; Zwingenberg, E. 2.50; Geislingen, B. 7.20; Ingolstadt, D. 0.25; Belleben, B. 0.80; Frankfurt a. O., B. 7.20; Bremen II, B. 96.—, E. 5.—; Weinsberg, B. 28.—, Z. 12.50; Ebelsbach, B. 112.—, D. 2.50, Z. 5.—; Wenig-Rackwitz, B. 52.48, E. 0.50; Schubert, Ab. 4.80.

Ludwig Geist, Kassierer.

Berichtigung. In Nr. 1 des Steinarbeiters muß es unter Quittung über eingegangene Gelder statt Springe **Altenhagen** heißen.

Kollegen! Agitiert für Eure Organisation!

Briefkasten.

Alsenz, Ochsenfurt, Goßmannsdorf, Essen, Kelheim, Neuendorf, Heidelberg, Ricsa und **Bruckmühl.** Wegen Raummangels mußten leider die Berichte abgelehnt werden. — **R. In Biberach** a. d. Riß (Württemberg) befindet sich ein größeres Granitwerk, der Betriebsinhaber heißt Riedlinger. Näheres ist uns unbekannt. — **Bremen, Jesau.** Nachdem das Schiedsgericht gesprochen hat, sehe ich keine Veranlassung mehr, auch deine Zeilen noch aufzunehmen. Wende dich eventuell an die Preßkommission. Die Adresse lautet: Oswald Kunath, Paunsdorf b. Leipzig, Dresdner Str. 129. — **N. Z.** Sind die Kollegen in einem anderen Berufe beschäftigt, so haben sich dieselben der dementsprechenden Berufsorganisation anzuschließen. Ueberdies ist deine Fragestellung unklar. — **Straßburg, W.** Kann erst in nächster Nummer erscheinen. Der Brief kostete 20 Pfg. Strafporto. — **Mannheim, L.** Die Klage wurde eingereicht. — **H. Br.** Ich komme nicht hin. — **Rostock.** Wird nicht veröffentlicht. — **München.** Die Zeitungen gehen an G. Müller-Landsberg (Lech), Gefängnisneubau. Wenn dieselben nicht verteilt werden, kann doch ich nichts dafür. Dreimal wurde innerhalb kurzer Zeit die Adresse schon gewechselt. An zwei Adressaten an einem Orte wird das Fachblatt nicht gesandt.

Die Korrespondenzblätter Nr. 51 können wir nicht nachliefern. Wie uns die Generalkommission mitteilt, wurden die Blätter in Berlin abgesandt, bei unsrer Redaktion trafen dieselben aber nicht ein.

Anzeigen.

Steinarbeiter von Pirna.

Sonntag, den 14. Januar, nachm. ½3 Uhr

Oeffentliche Steinarbeiterversammlung

im **Gasthaus „Weisses Ross"** in **Pirna.**

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Gaukonferenz sowie Wahl eines Delegierten hierzu. 2. Stellungnahme zur Errichtung eines Arbeitersekretariats für Pirna-Mügeln. 3. Gewerkschaftliches.

Das Erscheinen eines jeden ist Pflicht

2.—] J. A.: **Max Berger.**

Achtung!

Am **Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 2 Uhr,** findet im Saale von **Heinrich Betzler** zu **Grethen** die diesjährige

Generalversammlung mit Neuwahl

statt.

Es ergeht hiermit an alle Kollegen das Ersuchen, vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

1.50] **Die Lokalverwaltung der Filiale Dürkheim.**

Hobelbandstahl in vorzüglichster Qualität

Harte Steinhauerbleistifte

echt Rehbachsches Fabrikat

Steinhauerbesen mit und ohne Griff, aus bestem Material

empfiehlt zu billigsten Preisen

Max Muster, Eisenhandlung

Chemnitz i. S., Bernsdorfer Str. 32.

Todes-Anzeige.

Am 17. Dezember 1905 starb unser Kollege, der Steinbrecher

Konrad Wenning

im Alter von 49 Jahren 3 Monaten 25 Tagen nach siebenmonatigem Krankenlager an Herz- und Lungenleiden.

Ehre seinem Andenken!

2.—] **Zahlstelle Nürnberg.**

Todes-Anzeige.

Am 23. Dezember 1905 starb nach langem Krankenlager unser Kollege

Robert Eckardt

im Alter von 54 Jahren 11 Monaten an der Berufskrankheit.

Ehre seinem Andenken!

1.80] **Zahlstelle Pirna.**

Todes-Anzeige.

Am 24. Dezember 1905 verunglückte tödlich durch herabfallendes Gestein unser Kollege

K. Jentsch

im Alter von nur 38 Jahren.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

1.80] **Zahlstelle Meißen II.**

Todes-Anzeige.

Am 1. Januar 1906 starb unser Kollege, der Steinmetz

Otto Feustel

im Alter von 33 Jahren an der Berufskrankheit.

Ehre seinem Andenken!

1.50] **Zahlstelle Hamburg I.**

Todes-Anzeige.

Am 4. Januar 1906 starb unser braver Kollege

Georg Rendler

im Alter von 50 Jahren an der Berufskrankheit.

Ehre seinem Andenken!

1.50] **Zahlstelle Konstanz.**

Am 5. Januar starb unser Kollege

Friedrich Riedlinger

im Alter von 36 Jahren an der Berufskrankheit.

Ehre seinem Andenken!

1.35] **Zahlstelle Sezan-Börch.**

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.